



Region Freiburg

Kooperation des Stadtkreises Freiburg und der
Landkreise
Breisgau-Hochschwarzwald und
Emmendingen
mit ihren Städten und Gemeinden

Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald
Pressestelle: Stefan Haines, Stadtstraße 2, 79104 Freiburg
Tel.: 0761 / 2187 - 8100, Fax: 0761 / 2187 - 8199
E-Mail: pressestelle@breisgau-hochschwarzwald.de

Presse-Information

Feinstaub-Diskussion geht weiter

Aktionsplan zur Reduzierung von Feinstaub in Freiburg

Landrat Jochen Glaeser, Vorsitzender der Region Freiburg, informierte jetzt in der Sitzung des Ständigen Ausschusses der Region Freiburg über die geplanten Maßnahmen zur Reduzierung von Feinstaub in Freiburg. Danach soll ein regionaler Arbeitskreis Lösungen finden, wie der Feinstaubproblematik mit der Umsetzung eines Aktionsplans ebenso wirksam wie für die gesamte Region verträglich begegnet werden kann.

Im Auftrag des Umwelt- und Verkehrsministeriums Baden-Württemberg erarbeitet das Regierungspräsidium Freiburg derzeit in Umsetzung europäischer Vorgaben einen Aktionsplan zur Feinstaubminderung. Der Luftreinhalteplan zur Beseitigung der Stickstoffdioxidüberschreitungen hat das Regierungspräsidium Freiburg bereits im Frühjahr 2006 veröffentlicht und damit gleichsam in Kraft gesetzt.

Sowohl der "Luftreinhalteplan Freiburg gegen Stickstoffdioxid" als auch der erste Entwurf eines "Aktionsplans gegen Feinstaub" sehen ein Bündel von Maßnahmen vor. Dazu gehören auch Fahrverbote für Kraftfahrzeuge der Schadstoffgruppe 1 in einer festgelegten Umweltzone innerhalb der Stadtgrenzen ab dem 01.01.2010 wegen Stickstoffdioxid und nach bisherigem Stand ab dem 01.07.2008 wegen Feinstaub. "Im Falle des vorgesehenen dauerhaften Fahrverbotes würde die für die Raumschaft wichtigste Verkehrsachse von der A 5 in den Hochschwarzwald für eine Vielzahl von Fahrzeugen durchtrennt werden", so der Landrat. "Das wäre ein großer

Standortnachteil für das Tourismusgebiet Hochschwarzwald". Eine Verlagerung des Güterfernverkehrs und des Fremdenverkehrs über Glottertal, Münstertal oder das Elztal stellen aus Sicht der Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen keine Alternativen dar. Die teilweise zu geringen Fahrbahnbreiten könnten einen LKW-Umleitungsverkehr überhaupt nicht aufnehmen.

Im Gegensatz zum Schadstoff Stickstoffdioxid, bei dem die Schadstoffkonzentration an den straßennahen Messpunkten im Wesentlichen durch die lokale Belastung bestimmt wird, ist der lokale Einfluss beim Feinstaub deutlich geringer. Hier sind die Anteile von städtischem und großräumigem Hintergrund wesentlich höher. Bei winterlichen Hochdruckwetterlagen, während derer es zu den Überschreitungen des Tagesrichtwertes kommt, ist diese Tendenz noch deutlicher ausgeprägt. Der lokale Anteil an der Gesamtfeinstaubbelastung umfasst neben 26 % aus Aufwirbelungen und Abrieb von Fahrzeugen weitere 15% aus Abgasen. Vor allem letztere können durch ein lokales Fahrverbot wesentlich reduziert werden.

Die Vertreter der Region Freiburg stehen deshalb uneingeschränkt hinter der Forderung des Stadttunnels in Freiburg. Denn dieser wäre die wirksamste Lösung gegen Feinstaub und zu hohe Stickstoffdioxidbelastungen. Man hofft, dass die Feinstaubproblematik die Verwirklichung des für die Region wichtigen Bauprojekts beschleunigt.

"Die Kommunen allein werden es jedoch nicht schaffen, die neuen Grenzwerte dauerhaft einzuhalten" so der Landrat weiter. "Lokale oder regionale Maßnahmen reichen nicht aus, die Luftqualität nachhaltig zu verbessern. Wir brauchen deshalb Maßnahmen auf allen Ebenen."

In dem regionalen Arbeitskreis beteiligt sind neben dem für den Aktionsplan zuständigen Regierungspräsidium Freiburg die Stadt Freiburg, Vertreter der Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen sowie Vertreter der Wirtschaftskammern und von Tourismus-, Verkehr- und Umweltverbänden. Glaeser begrüßte die Ausweitung der Mitglieder des Arbeitskreises. Dieser hat nun die Aufgabe, die zu erwartenden Auswirkungen eines Aktionsplans auf die gesamte Region zu betrachten und dabei die spezifischen Probleme der Tourismusregion und des Mittelstandes zu berücksichtigen. Erst danach soll der Entwurf des Aktionsplanes Freiburg in die Anhörung gehen.